

Kommunales Informationssystem (KIS)

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr erhaltet zum dritten Mal ein Rundschreiben durch das **Kommunale Informationssystem (KIS)** der LINKEN in Rheinland-Pfalz. Schwerpunkt ist diesmal ein Interview mit Sebastian Knopf zum „Haushalt im Dialog“

Außerdem lest Ihr in KIS:

Einen Presseartikel über Vorschläge zum Wormser Bürgerhaushalt.
Zwei Termine über Schulungen zu den Themen „Entschuldungsfond“ und „Bürgerhaushalt“.
Eine Information über die neue Landesarbeitsgemeinschaft für Landes- und Kommunalpolitik.

Im **Anhang** bekommt Ihr den Antrag zur Einführung eines BürgerInnenhaushaltes im Landkreis Neuwied und einen Presseartikel aus der Rhein-Zeitung zur Überweisung eines gleich lautenden Antrages im Kreistag von Mayen-Koblenz (MYK).

KIS-Fragen an Sebastian Knopf:

Der Bürgerhaushalt ist eines der grundsätzlichen kommunalpolitischen Themen mit dem DIE LINKE versucht, sich zu profilieren. Vorbild hierbei ist der Bürgerhaushalt von Berlin-Lichtenberg, der dort bereits seit Jahren erfolgreich praktiziert wird. Das Thema hat DIE LINKE aber weder erfunden noch ist sie die einzige politische Partei, die sich für Bürgerhaushalte stark macht, wie ein Blick auf die Seite: www.buergerhaushalt.de beweist.

In Rheinland-Pfalz schlummert das sozial-emanzipatorische Thema noch vor sich hin. Lediglich in Trier wurde der Bürgerhaushalt vom – auch persönlich daran interessierten – OB umgesetzt. Wenn DIE LINKE im Land mit ihren wenigen kommunalen Mandatsträgern den Bürgerhaushalt auf die Tagesordnung setzt, dann hat sie ein Alleinstellungsmerkmal, vor allem, weil die Grünen und die SPD, aber auch die FDP und die CDU, das Thema auf der Landesebene nicht auf ihrer Agenda haben.

Vor ca. 4 Wochen überraschte der SWR mit der Meldung, dass mit Worms jetzt die zweite rheinland-pfälzische Stadt den Weg des Bürgerhaushaltes, der dort „Haushalt im Dialog“ genannt wird, geht.

KIS (Kommunalpolitisches Informationssystem) sprach mit dem Wormser Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, **Sebastian Knopf**:

KIS: Seit wann beschäftigt sich die Partei in Worms mit dem Thema „Bürgerhaushalt“?

SK: DIE LINKE in Worms hatte schon 2004 beim Kommunalwahlkampf das Thema im Wahlprogramm. 2007 haben wir dann eine erste Veranstaltung mit Christina Emmrich, Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg, durchgeführt. In Lichtenberg wird ja der Bürgerhaushalt schon seit vielen Jahren durchgeführt und Christina Emmrich ist in dieser Sache eine sehr engagierte Genossin und Bürgermeisterin.

2009 stand das Thema wieder im Kommunalwahlprogramm und mündete letztes Jahr dann in eine Fachkonferenz, die eine große mediale Präsenz erzeugte.

KIS: Eure wissenschaftliche Tagung im letzten Jahr lockte zwar nicht so viele Wormser, aber scheinbar habt Ihr doch den richtigen Nerv getroffen.

SK: Ja, das ist richtig, dass nicht viele Teilnehmer da waren, aber wir konnten zum Beispiel zwei Genossen aus Stralsund begrüßen, die extra wegen des Themas nach Worms gekommen sind. Ich pflege seit einiger Zeit Kontakte dorthin.

Wie schon gesagt, es gab eine große Presseresonanz, auch durch mehrere Pressemitteilungen und Anzeigen. Mir wurde auch vor der Veranstaltung von Seiten des Oberbürgermeisters signalisiert, dass auch von Seiten der Stadtverwaltung großes Interesse an diesem Thema herrscht.

KIS: Kommunalpolitiker der LINKEN im Land überraschte, dass sich der Wormser Stadtrat einstimmig für den Bürgerhaushalt ausgesprochen hat. Wie kam das zustande?

SK: Wie schon gesagt, es bestanden zum Zeitpunkt unserer Konferenz auch schon Überlegungen seitens des Oberbürgermeisters Michael Kissel (SPD) und der Stadtverwaltung zum Bürgerhaushalt. Wir kamen also mit der Konferenz zum richtigen Zeitpunkt und haben dadurch die Sache sicher noch mal bestärkt. Auslöser für die Überlegungen seitens des OB und der Verwaltung waren sicher die Ereignisse rund um Stuttgart 21 und der gute Verlauf des Bürgerhaushaltes in Trier, was die Teilnehmerzahlen anging.

Ich denke, dass auch bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien und Gruppierungen im Stadtrat sich die Erkenntnis breit gemacht, dass mehr Bürgerbeteiligung notwendig ist, allein schon aus dem Hintergrund der immer weiter sinkenden Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen.

Zudem war es so, dass wir als LINKE gar keinen Antrag mehr stellen mussten, sondern die Verwaltung von sich aus einen Vorschlag in die Gremien eingebracht hat. Dies hat sicher auch dazu geführt, dass auch die anderen Parteien die Sache aktiv unterstützt haben. Auch ist es gelungen, dass alle Fraktion in der Broschüre zum Wormser Bürgerhaushalt ein gemeinsames Grußwort, welches ich entworfen habe, unterschrieben haben.

KIS: Welchen Anteil hast Du, in Deiner Funktion als Fraktionsvorsitzender, an der Umsetzung des Themas? Weiß die Wormser Öffentlichkeit, dass dies ein Thema unserer Partei ist?

SK: Ja, die Wormser Öffentlichkeit weiß, wer der Urheber der Idee ist. Dies wurde vom Oberbürgermeister fairerweise auch öffentlich immer klar gestellt, dass DIE LINKE und meine Person speziell das ganze in Worms angeschoben haben. Die Presse hat es so im Wesentlichen auch wiedergegeben.

Wir haben als LINKE bzw. vorher als PDS schon das Thema als einzige in Worms besetzt und dies, aus meiner Sicht, auch sehr glaubwürdig. Wir waren und sind der Motor in diesem Thema hier in Worms. Das alles als kleinste Partei, das möchte ich ausdrücklich betonen.

Auch in der Phase zwischen dem Beschluss des Stadtrates und des Starts des „Haushalts im Dialog“ habe ich mich weiterhin aktiv eingemischt, wie zum Beispiel beim Grußwort der Fraktionen – wie oben beschrieben – was eigentlich nicht vorgesehen war, ebenso beim Druck der Broschüre, die ursprünglich nur ins Internet gestellt werden sollte.

Auch habe ich aktiv in den Gremien bei der Diskussion um das Konzept mitgearbeitet.

Jetzt, während des ersten Durchlaufs, der noch bis zum 26.06.2011 geht, haben wir als Linksfraktion noch mal Anzeigen geschaltet, die die Bevölkerung zur Teilnahme aufrufen und Infostände dazu durchgeführt.

Wir sind also weiterhin aktiv dabei, denn die Arbeit fängt ja eigentlich erst an, der Beschluss zur Durchführung ist ja erst der Beginn.

KIS: Du sagtest, dass es Dir zum Schluss ein wenig zu schnell mit dem Thema ging. Hättest Du Dir noch mehr Information für die Bevölkerung gewünscht? Welche Gefahren siehst Du in der Schnelligkeit der Umsetzung?

SK: Nun, ich denke die Phase zwischen Beschluss und Einführung im Februar kam ein erster Entwurf eines Konzeptes in den Ältestenrat war sehr kurz. Normalerweise liegt aus meiner Sicht ein längerer Zeitraum zwischen Beschluss und Start des erstens Durchlaufs, der zur Information der Bevölkerung genutzt wird. So hätte man zum Beispiel mehr über die Vereine, Ortsbeiräte etc. machen können, was die Informationsverbreitung angeht.

Ich denke, mehr Bürgerbeteiligung, das muss von allen Seiten gelernt werden, sowohl von den Bürgern aber auch von der Politik und von der Verwaltung. Dies braucht seine Zeit.

Die Gefahr besteht aus meiner Sicht darin, dass sich auf der einen Seite nur wenige Bürgerinnen und Bürger beteiligen, auf der anderen Seite die Politik und die Verwaltung die Sache „nicht ganz so ernst nehmen“. Wenn das passiert, wird das Ganze zu einer Alibi-Veranstaltung.

Ich möchte aber betonen, dass ich die Gefahr hier in Worms nicht sehe, im Moment haben wir ca. 300 Anmeldungen auf der Bürgerhaushaltseite www.dialog-worms.de. Ich denke, bis zum 26.06.2011 werden wir bei 500 sein. Für den ersten Durchlauf ist das aus meiner Sicht völlig in Ordnung.

500 bei einer Stadt von 80000 Einwohnern klingt vielleicht nicht viel, sind aber wesentlich mehr als bei Einwohnerversammlungen. Zu mal so ein Bürgerhaushalt eigentlich wie ein Kind ist, es muss wachsen und gedeihen. Und das braucht nun mal seine Zeit.

Wichtig erscheint mir noch zu sagen, dass wir auch nach dem ersten Durchlauf am Thema dran bleiben werden, so habe ich schon eine weitere Veranstaltung in der Planung, um das Thema weiter auf der Agenda zu halten. Außerdem wird es dann darum gehen, Änderungen und Verbesserungen im Ablauf und der Durchführung des Bürgerhaushaltes einzubringen. Auch ein Bürgerhaushalt lebt von ständiger Anpassung und Veränderung, da gibt es kein starres Konzept, was über Jahre funktionieren kann. Wie gesagt, es muss wachsen und gedeihen.

KIS: Welche konkreten Tipps kannst Du Deinen KollegInnen in den anderen rheinland-pfälzischen Städten geben, die in den jeweiligen Verwaltungen Überzeugungsarbeit für den Bürgerhaushalt leisten wollen?

SK: Mein erster Tipp, den ich geben kann, ist: Niemals einfach einen Antrag für einen Bürgerhaushalt stellen, ohne vorher inhaltlich über einen längeren Zeitraum, der kann Jahre betragen, die Fundamente zu legen. Aus meiner Erfahrung ist es so, das es meist keine grundsätzliche Ablehnung von Seiten der anderen Parteien bzw. ihrer Mandatsträger gibt, sondern eher Ängste und Vorbehalte, die aus Unkenntnis her rühren. Die muss man beseitigen bzw. zumindest abbauen.

Dies schafft man nur, indem Veranstaltungen etc. mit fachkundigen Menschen wie Christina Emmrich und anderen, durchführt, aktiv mit anderen Parteien über das Thema spricht. In der Regel haben auch die Leute, die schon aktiv am Thema dran sind, wenn vielleicht auch nicht vor Ort.

Es reicht nicht, dass der Rat einen Beschluss zum Bürgerhaushalt fasst und dann dümpelt das Thema vor sich hin, weil es niemand ernst nimmt. Die Politik und vor allem die Spitze der Stadt oder der Gemeinde müssen aktiv hinter diesem Thema stehen und sich dafür einsetzen, dann kann es zu einem Erfolg werden. Ansonsten ist die Gefahr sehr groß, dass der Bürgerhaushalt zu einem Misserfolg verkommt.

Also erst auf der persönlichen Ebene die Mehrheiten suchen, massive Überzeugungsarbeit leisten und dann nach erfolgtem Beschluss auch dran bleiben, das erscheint mir sehr wichtig.

Wichtig ist aus meiner Sicht auch noch, darauf hinzuweisen, dass ein Bürgerhaushalt kein Allheilmittel ist und uns als Mandatsträger von der Verpflichtung befreit, uns eigene Gedanken zu machen und Entscheidungen zu treffen. Ich will damit sagen, dass man die Vorschläge der Bürger sehr ernst nehmen und abwägen sollte. Auch müssen Vorschläge im Haushalt in die Umsetzung kommen, sonst wird man unglaubwürdig. Diese Vorschläge müssen aber Hand und Fuss haben und dürfen nicht aus reinem Populismus unterstützt werden. Ich denke, man sollte als Mandatsträger abwägen, was für die Mehrheit nützlich ist und was auch wirklich umsetzbar ist.

Gerne stehe ich auch für Veranstaltungen etc. zur Verfügung.

KIS: Im Neuwieder und Mayen-Koblenzer Kreistag stand der Antrag zur Einführung eines Bürgerhaushaltes bereits auf der Tagesordnung. In beiden Gremien wurde er an den Kreisausschuss überwiesen. Der Neuwieder Landrat steht dem Thema skeptisch gegenüber, weil er argumentiert, dass die Landkreise – anders als die Städte – über kein eigenes Steueraufkommen verfügen und ihre Haushalte nur über Hebesätze regulieren können. Was antwortest Du auf ein solches Argument? Ist es im Landkreis schwerer als in der Stadt, einen Bürgerhaushalt auf den Weg zu bringen?

SK: Ich habe mir einige Gedanken gemacht zu diesem Thema und bin zu der Meinung gekommen, dass es schon sehr viel schwieriger ist, auf Landkreisebene einen Bürgerhaushalt einzuführen. Auch halte ich die Zeit dafür noch nicht gekommen.

Ich will das auch begründen: Soweit ich das beurteilen kann, ist der Landkreis für den Bürger eigentlich „sehr weit weg“. Entscheidend ist für die Menschen, was bei ihnen konkret vor Ort in der Kommune, im Ortsteil passiert oder eben nicht. Wer dafür konkret zuständig ist, aus welchem Topf dafür das Geld kommt, das ist für die meisten eher zweitrangig bzw. auch oftmals überhaupt nicht klar. Erste Anlaufstelle sind immer die Räte und ihre Mandatsträger im eigenen Ort. Dort bestehen auch teilweise persönliche Bindungen.

Deswegen wäre es aus meiner Sicht wichtig, Bürgerhaushalte auf kommunaler Ebene einzuführen, die aber nach oben offen sind, das heißt, wenn jetzt Vorschläge kommen, die die Zuständigkeit des Kreises betreffen, dass diese beim Kreis gesammelt werden und dort dann von den entsprechenden Gremien behandelt werden. Diese müssen dann die Umsetzung oder Nichtumsetzung begründen und dies auch öffentlich machen.

Ein reiner Kreis-Bürgerhaushalt wird aus meiner Sicht nicht funktionieren. Ohne die Kommunen, in denen die Menschen ja leben, wird es nicht gehen. Die Gefahr besteht nämlich darin, dass viele Vorschläge, die automatisch kommen werden, die eigentlich die Kommune und nicht den Kreis betreffen, dann versacken, weil es in der entsprechenden Kommune kein Bürgerhaushaltsverfahren gibt.

Und der Landkreis kann ja nicht beschließen, dass alle Kommunen in seinem Gebiet Bürgerhaushalte durchführen. Das würde der kommunalen Selbstverwaltungshoheit widersprechen.

Ich würde sagen, wir sollten im Rahmen der Partei und der Jenny-Marx-Gesellschaft über dieses Thema noch mal intensiver diskutieren, es gibt sicher Lösungsansätze, die auch mir vorschweben, die aber einer vertieften Diskussion bedürfen.

KIS bedankt sich beim Wormser Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, Sebastian Knopf. Die Fragen stellte das Neuwieder Kreistagsmitglied, Gert Winkelmeier.

Worms: Vorschläge zum Bürgerhaushalt - Tatjana Lösch zieht erste Bilanz

17.06.2011 - WORMS

Noch bis zum 19. Juni können Wormser Bürger Vorschläge zum Bürgerhaushalt machen, ab dann wird nur noch bewertet. **Tatjana Lösch, Projektkoordinatorin im Büro des Oberbürgermeisters**, zog eine erste Bilanz.

Welcher Vorschlag wurde bislang am heißesten diskutiert auf der Internetplattform?

Zum Beispiel Outsourcing in der Verwaltung, die Säuberung von Grünanlagen, das Verfahren des Haushalts im Dialog selbst, aber auch das Nibelungenmuseum und die Nibelungenfestspiele waren ein Thema. Aber auch Gebäudeneubauten um Wormalia-Stadion, Volkshochschule oder Turnhallen wie auch die Erhöhung von Gebühren und Radarkontrollen werden fleißig kommentiert.

Gab es auch Vorschläge, die durch die Moderation von der Seite entfernt werden mussten, weil sie etwa beleidigend waren?

Es gab noch keine Vorschläge, die entfernt werden mussten. Es wurden bisher nur wenige Kommentare bearbeitet, weil sie ein wenig über das Ziel hinausgeschossen sind. Alles in allem war es bisher ein sehr sachlich geführter Dialog.

Wie viele Wormser Bürger haben sich bislang registriert, wie viele Vorschläge und Kommentare gibt es?

Wir haben jetzt fast 450 Teilnehmer, die knapp 190 Vorschläge gemacht haben. Es wurden rund 740 Kommentare abgegeben und etwa 7.420 Bewertungen vorgenommen.

Ist die Wormser Stadtverwaltung denn bislang mit der Beteiligung der Bürgerschaft zufrieden?

Ich denke, wir haben bisher ein ganz gutes Ergebnis erzielt. Der Dialog läuft ja noch bis zum Sonntag, 26. Juni, und wir hoffen, dass noch viele Bürger ihre Ideen einbringen und die Vorschläge bewerten.

Gibt es Vorschläge, die die Stadtspitze überrascht haben?

Wir hoffen auf positive Überraschungen, denn die Öffnung des Blickwinkels ist ein Teil des Konzeptes der Bürgerbeteiligung. Vielleicht ergibt sich ja hierbei auch die ein oder andere neue Sichtweise, wie die Haushaltsmittel sinnvoll verwendet werden können.

Wann und wie wird bekannt gegeben, welche Vorschläge dem Stadtrat vorgelegt werden?

Der Haushalt im Dialog läuft noch bis zum 26. Juni. Bis zum 19. Juni können noch Vorschläge gemacht werden, danach kann eine Woche lang nur bewertet werden. Wir werden direkt nach dem Ende des Online-Dialogs am 26. Juni eine Liste erstellen, aus der ersichtlich wird, wo die einzelnen Vorschläge nach der Bewertungsphase stehen. Diese Liste ist auf der Online-Plattform unter www.dialog-worms.de einsehbar.

Das Gespräch führte Laura Schöffel

Termine, Schulungen & Informationen über kommunalpolitische Themen:

Samstag, 02. Juli 2011 – 10.30 Uhr in Mainz, Gaststätte MTV 1817, Schillstraße 15

Konferenz zum Thema „Kommunaler Entschuldungsfond Rheinland-Pfalz“

Es referiert Herr Winfried Manns, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz und Geschäftsführer der Kommunal-Akademie Rheinland-Pfalz e.V.

Im Anschluss Diskussion über die Auswirkungen des Entschuldungsfonds aus linker Sicht. Eventuell werden Thesen oder ein Positionspapier zu dem Thema diskutiert oder in Auftrag gegeben.

Sonntag, 02. Juli 2011 – 13.00 Uhr in Mainz, JMG-RLS-Büro, Neckarstraße 27

BürgerInnenhaushalt in Worms – Ein Schritt zu mehr Demokratie und Transparenz?

Einführungsvortrag von Sebastian Knopf, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Wormser Stadtrat.

Außerdem wird zum Thema ein Positionspapier von Gudrun und Hermann vorgestellt in dem es um unterschiedliche Betrachtungsweisen des Themas aus Sicht der Grünen, SPD und den LINKEN geht.

Danach geht es um die weitere Vorgehensweise und ein gemeinsames Konzept zum Thema.

Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft für Landes- und Kommunalpolitik (LAG LuK)

Am 10.06.2011 hat sich in Boppard die o.g. LAG gegründet. Sie hat zum Ziel, sich mit den kommunalpolitischen Auswirkungen der Landespolitik zu beschäftigen. Dazu ist u.a. eine ständige Beobachtung der Landtagssitzungen von Rheinland-Pfalz in Mainz und die Beschäftigung mit deren Inhalten notwendig.

Wer bei dieser LAG mitmachen möchte, nimmt bitte Kontakt zu Robert Drumm oder Ulrich Lenz auf.

Das nächste Treffen der LAG LuK findet am **Freitag, 22. Juli 2011** zum Thema Entschuldungsfonds statt. Ort und Uhrzeit stehen noch nicht fest. Bei diesem Treffen soll es um die Weiterentwicklung der Positionen gehen, die wir uns eventuell am 02.07.2011 erarbeiten können. Außerdem geht es um praktisch ausformulierte Anträge, die wir zu diesem Thema in den Räten stellen können.

Eine Einladung geht Euch noch rechtzeitig zu.

Vorankündigung zu einem bundesweiten Treffen von Kommunalpolitikern in Hannover am 27. August 2011.

Bitte entnehmt alle Einzelheiten dieses Treffens der Bundes Homepage. Fahrgemeinschaften können auch über **KIS** organisiert werden.

Vorankündigung zur kommunalen Mandatsträgerkonferenz am 24. September 2011

DIE LINKE Rheinland-Pfalz will an diesem Termin über die Frage der Stromkonzessionen diskutieren.

Nähere Informationen und eine Einladung wird es vom Landesvorstand noch geben.

Wie funktioniert KIS?

KIS ist das Informationssystem von linken rheinland-pfälzischen Kommunalpolitikern für linke rheinland-pfälzische Kommunalpolitiker. Über **KIS** kann jede und jeder unserer kommunalen MandatsträgerInnen eigene Inhalte oder relevante Inhalte seines Rates an alle anderen kommunalen MandatsträgerInnen senden. Wer z.B. glaubt, dass ihre/seine Haushaltsrede oder ihre/seine Initiative für die Rekommunalisierung grundsätzliche Äußerungen enthält, die auch für andere Ratsmitglieder, die zu diesem Thema sprechen, interessant sind, der/die kann sie bitte senden an:

Dieter.hofem@stadt.mainz.de

Josochtendung@aol.com

Gert.Winkelmeier@die-linke-kreistag-neuwied.de

Durch diesen Versand ist gewährleistet, dass die vielfältigen Informationen zu allen aktuellen linken rheinland-pfälzischen Ratsvertretern kommen.

KIS ist ein Werkzeug, um uns kommunalen Mandatsträgern Inhalte für das Auftreten in den Räten zu liefern. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Damit ist **KIS** ein Baustein, um unserem Ziel – einer größeren Verankerung in der Bevölkerung – durch deutliche Erhöhung von linken kommunalen Mandaten, näher zu kommen.

Nutzt bitte **KIS**, indem Ihr eigene Beiträge zur Kommunalpolitik einstellt. Es ist zu Eurem eigenen und zum Vorteil aller anderen linken MandatsträgerInnen.

Vielen Dank,

mit demokratisch-sozialistischen Grüßen

Dieter Hofem, Onko Stange und Gert Winkelmeier

PS: Dies ist das Rundschreiben Nummer 2, das Rundschreiben Nummer 3 beschäftigt sich mit dem kommunalen Entschuldungsfond. Das Rundschreiben Nummer 4 könnte schon ein Thema Deiner Wahl beinhalten. Wer noch die Rundschreiben Nummer 0 und 1 benötigt, sendet eine Mail an Gert Winkelmeier. Vielen Dank!

Wir bitten um Beachtung der Inhalte im Anhang!